

Krakauer Zeitung.

Nr. 226.

Montag den 3. October

1864.

Die Krakauer Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementss-

preis für das ganze Jahr 3 fl., mit Verwendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mrt., einzelne Nummern 5 Mrt.

Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Inserationen im Amtsblatt für die viergeschwante Zeitzeile 5 Mrt., im Anzeigblatt für die erste Ein-
rufung 5 Mrt., für jede weitere 3 Mrt. Stempelgebühr für jede Einzahlung 30 Mrt. — Inserat-Bestellungen und
Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Einzulieferungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement
an das mit dem 1. October d. J. begonnene neue
Jahr der

„Krakauer Zeitung.“

Der Prämierungs-Preis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1864 beträgt für Krakau 3 fl., für auswärts mit Inbegriff der Postzu-

Abonnementen auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krakau mit 1 fl., für auswärts mit 1 fl. 35 Mrt. berechnet.

und der Zolleinrichtung als (ihrer Ansicht nach) gegen die Waffentilstands-Bedingungen verstörend.

Die „Bank-Ztg.“ hört, daß Herr v. Ahlefeldt, dessen Ankunft in Berlin gemeldet wird, keine officielle Mission habe, Namens des Erbprinzen von Augustenburg mit Preußen zu unterhandeln. Sie gibt aber die Möglichkeit einer offiziösen vertraulichen Mission zu.

Die „Nordd. A. Z.“ erörtert die Frage, ob Preußen auf den Anschluß der Herzogthümer in militärischer, maritimer und diplomatischer Beziehung einzugehen könne; sie kommt zu dem Schluß, alle Vortheile liegen hiebei auf Seite der Herzogthümer und diese müßten Preußen ein Äquivalent bieten.

Eine Pariser tel. Depesche der „Bresl. Ztg.“ vom 30. Sept. meldet: Die nord-schleswigsche Nationalitäts-Deputation versucht durch den dänischen Gesandten eine Audienz beim Kaiser zu erlangen. Bis jetzt hat sie es indef vergeblich.

Herr von Beust, schreibt ein Correspondent der „Sächs. Ztg.“, war in Wien bemüht sich in seiner Eigenschaft als sächsischer Minister dem Bunde Einfluß auf die Zusammenfügung jener richterlichen Instanz zu verschaffen, welche die deutschen Großmächte

auch Preußen neigt sich zu der Austragungssatzung hin — bilden wollen, um die Erbschaftsentscheidung auch formell zu einem legalen Abschluß zu bringen. Es scheint aber, daß dem Bunde nur das Recht eingeräumt werden wird, sich zu entscheiden, ob er von diesem oder jenem Fürsten für Holstein das Mandat annehmen wolle, während das Verfassungsrecht über die ihnen abgetretenen Herzogthümer den deutschen Großmächten bleibt, für dessen Geltendmachung sie eben die legale Form suchen. Herrn von Beust's Bemühungen erstrecken sich auch auf die finanziellen Angelegenheiten der Herzogthümer, sind aber in diesem Punkte desto überflüssiger, als die Vortheile der letzteren von den deutschen Großmächten ohnehin wahrgenommen werden. Herrn von Beust fehlt aber auch die Unterstützung der ziemlich auseinandergefallenen dritten Gruppe, und auch die Nation

schließung vom 24. September d. J. den Werftbeamten bei der Staatsseebahn-Gesellschaft Maximilian Vieles zum ordentlichen Professor der Mechanik, Maschinen- und Maschinenbaukunst am Josephs-Polytechnicum zu Osnabrück zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-

schiebung vom 24. September d. J. der Schwester Stephana

Dalld'Olio in Anerkennung ihres vorzüglichen Werks als Vor-

steherin der weiblichen Straf- und Besserungsanstalt alla Giudecca in Venedig das goldene Verdienstkreuz allerhöchst zu ver-

leihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-

schiebung vom 21. September d. J. dem Polizeirath der Gra-

ger Polizeidirection Carl Schiller anlässlich seiner Verleihung in

den wohlverdienten Ruhestand die allerhöchste Zufriedenheit mit

seiner vieljährigen treuen und erspriesslichen Dienstleistung aller-

höchst ausdrücklich geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-

schiebung vom 16. September d. J. den Werftbeamten bei

der Staatsseebahn-Gesellschaft Maximilian Vieles zum ordent-

lichen Professor der Mechanik, Maschinen- und Maschinenbaukunst

am Josephs-Polytechnicum zu Osnabrück allerhöchst zu ernennen

geruht.

Amtlicher Theil.

Krakau, 3. October.

Über das Resultat der Conferenzsitzung vom 30. v. M. verlautet bisher noch nichts verlässliches. Wie die „Vorstadt-Zeitung“ hörte, ist am genannten Tage die Gränzfrage bis auf die natürlich blos noch formelle Schlussredaction der betreffenden Vereinbarung vollständig erledigt worden. Die „G. C.“ mel-

det blos, daß die Verhandlung über einige schwedende Summe berechnet, und diese Forderung, resp. Bewilligung, dem gewählten Schiedsrichter vorgelegt werden. Derselbe wäre zwar weder an die eine noch an die andere Summe gebunden, wohl aber verpflichtet,

loren zu lassen, von dänischer Seite zur Verhandlung

gebracht worden sein. Danach würde sowohl von

deutscher wie von dänischer Seite eine Aversions-

Summe berechnet, und diese Forderung, resp. Bewillig-

tigung, dem gewählten Schiedsrichter vorgelegt wer-

den. Derselbe wäre zwar weder an die eine noch an

die andere Summe gebunden, wohl aber verpflichtet,

in seiner Aufstellung über den höheren Betrag nicht

hinaus und hinter den minderen nicht zurückzugehen.

Ohne Zweifel ist der Antrag von den deutschen Mäch-

ten ganz entschieden zurückgewiesen worden. Die

anderen allarmirenden Berliner Nachrichten gegen-

über behaupten Wiener Blätter, daß der Friedensschluß

gegenwärtig in bestimmter und auch in naher Aus-

sicht steht. Alle Beteiligten empfinden jetzt um so

widernd das Bedürfnis, an's Ende zu kommen.

Eine Bestätigung dessen finden wir in der „Berliner

Zeitung“, welche die Notwendigkeit des Friedens-

anerkennt, die national-dänischen Agitationen be-

kämpft.

Da sich die Friedens-Verhandlungen in

Wien in die Länge ziehen, so hat sich die preußische

Regierung (wie die „G. C.“ meldet) entschlossen, noch

einen Diplomaten als extraordinaire Bevollmächtigten

zu den Conferenzen zu entsenden und durch diesen die

Beschleunigung der Negotiationen zu betreiben. Bis

jetzt war Preußen bei der Conferenz bloß durch sel-

benen Gesandten in Wien vertreten, dessen anderweitige

Geschäfte ihm selbstverständlich nicht gestanden, auf

lange Zeit sich allein an diesen Verhandlungen zu

beteiligen. Neben die Gränz-Regulirung liegt zwar

ein Operat vor, welches jedoch des abschließenden Cha-

rakters entbehrt. Zu der Friedens-Frage aber trifft

man nach Aufstellung eines Haupt-Grundsatzes auf

den gewünschten Eindruck auf den Papst gemacht hat,

so viel unerörterte Neben-Grundsätze, daß durch den

Haupt-Grundsatz kaum etwas gefordert sein dürfte.

Die offiziellen Kopenhagener Zeitungen vom

29. d. bezeichnen die Verfugungen des Generalliente-

vant v. Falkenstein in Betreff des Zeitungsverbotes

Drohartikel der „France“ dem Herrn Grafen Reichberg die beruhigendsten Zusicherungen gemacht, welche dem österreichischen Cabinet jene vollständige Auflösung über die Bedeutung und Tragweite der französisch-italienischen Convention geben werde, welche zu erwarten die kaiserliche Regierung ein Recht habe.

Wie die „France“ meldet, hat Herr Drouyn de Lhuys an die Agenten Frankreichs im Auslande eine Circularnote gesendet, welche den Charakter des französisch-italienischen Vertrags zu präzisiren bevekt.

Der „Spes. Ztg.“ wird aus Wien vom 30. Sept. Abends telegraphiert: Authentisch wird versichert, der französische Botschafter habe gestern dem Grafen Reichberg nicht die französisch-italienische Convention mitgetheilt, sondern in Drouyn de Lhuys' Auftrag beruhigende Versicherungen gegeben, nachdem solche von den österreichischen Geschäftsträgern in Paris, Grafen Mühlmann erbeten wurden. Es heißt, Herr Drouyn de Lhuys motivirte die einseitige Abmachung Frankreichs mit Italien über die römische Frage, unter Ausschluß anderer katholischer Mächte, mit der Ablehnung des Congresses.

Der Wiener Correspondent der „Börsenhallo“ schreibt: Lord Glarendon hat in einer nicht offiziellen Conversation mit dem Grafen Reichberg Österreich jede Aussicht genommen, in Italien auf England zählen zu können.

Der vielgesuchte geheime Theil der Convention dürfte, wie man der „A. Z.“ aus Turin schreibt, nur allzu gewiß existiren. Die Piemontesen würden vielleicht in Rom eingehen, aber es verlautet immer bestimmt, daß die Franzosen dann augenblicklich Susa besetzen werden, um später ganz Piemont mit Turin zu verschlingen. Dies wiederholen sich viele Deputierte und geben sich die Hand, im Parlament gegen die Convention zu stimmen. Die Verlegung der Hauptstadt wäre also nur das Unterpfand, daß Napoleon im rechten Augenblick geebneten Weg habe.

Der vielgesuchte geheime Theil der Convention dürfte, wie man der „A. Z.“ aus Turin schreibt, nur allzu gewiß existiren. Die Piemontesen würden vielleicht in Rom eingehen, aber es verlautet immer bestimmt, daß die Franzosen dann augen-

blicklich Susa besetzen werden, um später ganz Piemont mit Turin zu verschlingen. Dies wiederholen sich viele Deputierte und geben sich die Hand, im Parlament gegen die Convention zu stimmen. Die Verlegung der Hauptstadt wäre also nur das Unterpfand, daß Napoleon im rechten Augenblick geebneten

Weg habe.

Der französische Gesandte in Rom, Herr von Sartiges, hat, wie aus Paris gemeldet wird, an Drouyn de Lhuys über eine zweite Befreiung be-richtet, die er am 24. mit dem Papst hatte; sie währte länger als eine Stunde und hatte ein befre-

digendes Ergebnis. Der Papst versprach, er werde dem französischen Clerus eine ruhige und versöhnliche Haltung empfehlen. Nach dem „Mem. dipl.“ hätte

der Papst in der Unterredung mit Sartiges anerkannt, daß die Convention vom 15. September eine erhebliche Verbesserung der Lage bilden.

Nach dem „Pays“ kann die Anerkennung Italiens von Seite Spaniens als eine vollen-deutsche Thatsache angesehen werden; die Turiner Regierung werde dieselbe wahrscheinlich dem Parlament ankündigen.

Die amtliche Turiner Zeitung vom 30. Sept. publiziert die nachfolgende Zusammensezung des neuen Cabinets: Lamarmora, Präsident, Minister des Neubau und interimistisch der Marine; Lanza, Minister des Innern; Tacini, Arbeitsminister; Pezatti, Kriegsminister; Sella, Finanzminister und Natioli Unterrichtsminister. Das Ministerium hat eine Proclamation veröffentlicht, in welcher es sagt,

das Ministerium nehme die Convention und die Übertragung der Hauptstadt an und werde dieses Project der Kammer unterbreiten. Es werde ferner einen Mittweg vorschlagen, um den Schaden, welchen Turin erleiden könnte, zu erleichtern, ohne sich jedoch

von dem Termin zu entfernen, der durch die Convention für die Räumung Roms seitens der Franzosen festgelegt worden. Nach Andeutungen aus Turin soll Lanza bereits eine Modification vorgeschlagen haben, welche aber gewiß nie von Frankreich an-

nommen werden wird, nämlich: die Verlegung der Hauptstadt solle gleichzeitig mit der Räumung Roms stattfinden.

Die polnischen Revolutionäre, welche aus Österreich, Sachsen und anderen Ländern verwiesen oder entflohen und ohne Mittel sind, kommen in immer

größeres Elend, da selbst die revolutionären sogenannten „befreiten“ Länder, wie Italien, ihrer überdrüssig sind. So haben sich unter andern in Mailand viele

polnische Polen angesammelt; die Turiner Regierung beabsichtigte zuerst, eine polnische Legion zu bilden, verwarf dann den Gedanken, und wollte die Leute in

die italienischen Regimenter vertheilen, aber die Regimenter verweigerten ihre Aufnahme trotz des Beschlusses des Kriegsministers. Es blieb nichts weiter übrig, als auch diesen Plan aufzugeben, und nun werden

geprochen und abgestimmt haben wird. Bis dahin

dürfte der Papst in seiner Zurückhaltung bleiben. Die „A. Z.“ läßt sich aus Wien schreiben, daß solche Aufrufe, wie den von den Pariser polnischen

Revolutionären (die von Wiederaufnahme des Auf-

standes und einer zweiten Phase desselben sprechen) weinen oder lachen soll.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 30. v. M. schreibt:

An der heutigen Sitzung der Zollkonferenz nahm der bayerische Bevollmächtigte, Oberzollrath Reichert, Theil.

Aus Wien, 29. Sept. wird geschrieben: Der Entschluß auch der letzten der Münchener Konferenz-

staaten, sich zum Eintritt in den reconstruirten Zollverein zu melden, hat hier weder überrascht noch ver-

stimmt. Man erkennt vollständig an, daß diese Gel-

tendmachung der Rechte Österreichs gehabt, was sie zu thun im Stande gewesen, und daß anderseits

Österreich nicht mehr in der Lage ist, etwas für sie zu leisten; man hatte ihnen deshalb rücksichtslos an-

heimgestellt, bezüglich der Zeit und der Bedingungen ihres Eintritts lediglich nach eigenem Ermessens und

Mäßgabe ihrer Interessen zu verfahren. Inzwischen gehen die Verhandlungen mit Preußen ihren Gang, und wenn ohnehin schon seit geraumer Zeit

nur noch Österreich und Preußen einander gegenüber standen; so wird die jetzige Wendung, nach hiesiger Auffassung, die Stellung Österreichs, welche jetzt eine selbständige und unabhängige geworden ist, eher starken als schwächen, und wird es jetzt — um mit anderen Worten zu wiederholen, was der vielgenannte Schluss-

jag der österreichischen Depesche vom 28. Juli mit verhältnismäßiger Schärfe accentuierte — an Preußen

sein zu zeigen, was ihm die österreichische Allianz wert ist.

Wie unser Prager Corr. Correspondent uns meldet, sind drei Freiherren von Höck und der preußische Geh.

Oberfinanzrath v. Hasselbach vorgestern Abends von Prag abgereist. Die beiden Bevollmächtigten

deßohn und Neklewitz erwähnt, welche in der nächsten Sitzung der Kammer ein ausgearbeitetes Gutachten vorzulegen hat. Die Wiener Handelskammer, welche das jene Angelegenheit betreffende Memorial des Ausschusses des deutschen Handelstages in Erwagung gezogen, hatte durch

Büchrift vom 26. Juli d. J. von der hiesigen, als einer in dieser Hinsicht competenten Corporation in den erwähnten Puncten Aufklärungen verlangt in Betreff möglicher Erleichterung etc. für den Handel mit den Erzeugnissen der österreichischen Länder nach Russland und dem Königreich Polen. Die hiesige Kammer erachtet diesen Schritt der Wiener Kammer, welche durch Vorstellung bei der k. k. Regierung auf die Opportunität eines demgemäß mit Russland abzuschließenden Handels-Vertrages auferham zu machen gesonnen ist, als sehr wichtig für den hiesigen Handel und sich als die Repräsentantin des Handelsstandes, der in täglichen Beziehungen mit dem Königreich Polen steht, für unzweifelhaft am genauesten mit den hierbei maßgebenden Umständen unterrichtet, weshalb sie in ihrem Gutachten außerordentlich hinsichtlich der von der Wiener Kammer etwa aus Unkenntniß des eigentlichen Standes der Dinge) übergegangenen Umstände ihre Ansicht auszusprechen gesonnen ist. Ferner wird Herr Bieleniewski als competenten Kenner die Prüfung einer Angelegenheit übertragen, welche die k. k. Finanzlands-Direction zu der Frage veranlaßte, ob Walzen-Hobelmaschinen in österreichischen Ländern wirklich nicht erzeugt werden, und geschieht dies, ob sie ohne Vergleich dort heuer sind, als im Ausland? und dies, weil unter solchem Vorwand aus Sachsen nach dem Dorf Zawoja (Badowieer Kr.) eine solche Maschine eingeführt worden und nur vom Petenten die Rückerrstattung der Hälfte des Einfuhrzolles (also 84 fl. ö. W.) von Seiten der Regierung in Anspruch genommen werde. Schließlich wird zur Kenntniß genommen, daß die hiesige k. k. Stathalter-Kommission den „Ausweis der durch kais. ukas vom 12. April d. J. amortisierten Pfandbriefe und Coupons des Königreichs Polen“ zu eventueller Benützung überblick habe.

Damit schloß die öffentliche Sitzung, worauf in vertraulicher noch mehrere die innere Kammerordnung betreffende Angelegenheiten erledigt wurden.

Landtagsangelegenheiten.

Der vom siebenbürgischen Landtag a. h. Orts vorgelegte Gesetzesartikel, betreffend die Sanctionirung und Kundmachung der Landtagsartikel für das Großherzogthum Siebenbürgen, (derselbe lautet: Hinsichtlich der Sanctionirung und Kundmachung der Landtagsartikel wird mit Abänderung der bisherigen Gesetze und Gesetzen bestimmt:

S. 1. Die vom Landtage beschloßenen Artikel werden in den drei Landessprachen Sr. k. k. Apostolischen Majestät zur Sanctionirung unterbreitet.

S. 2. Ertheilt Se. k. k. Apostolische Majestät dem vorgelegten Artikel in der von dem Landtage vorgeschlagenen Fassung die Sanction, so erlangt derselbe dadurch Gesetzeskraft und erfolgt sofort die Mittheilung derselben an den Landtag.

S. 3. Die sanctionirten Landtagsartikel werden in Druck gelegt, durch das k. Gouvernement kundgemacht und auch jeder Gemeinde ein Exemplar derselben zugestellt.

S. 4. Der Zeitpunkt, von welchem angefangen die sanctionirten Landtagsartikel als Landesgesetze in Wirksamkeit treten, wird jedesmal in dem Artikel selbst bestimmt.

S. 5. Dies gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage der im Landtage vollzogenen Kundmachung (gleich in Wirksamkeit) hat die Allerhöchste Sanction erhalten.

Österreichische Monarchie.

Wien, 2. Oct.

Se. Majestät ließ in Bunié im Corbaviahale (Kroatien), wo der Feldmarschall Laudon als Hauptmann seine Feldherrnstudien betrieb und zwei seiner Kinder verlor, an die Stelle der zu Laudon's Zeit bestandenen uralten Capelle zum Andenken an den verehrten Feldherrn eine Kirche errichten. Dieselbe wurde dieser Tage vom Herrn Bischof von Sicc feierlich eingeweiht. In der Gegend befindet sich ein Eichenwald (Laudonski gaj), den Laudon zum Andenken an seinen Aufenthalt in Form eines Feldlagers angelegt hat.

Ihre Majestät die Kaiserin haben die unentgeltliche Mädelarbeitschule in Hietzing mit einem namhaften Betrage zu unterstützen geruht.

Seine k. Hoheit Erzherzog Ludwig Victor ist gestern Vormittag mit dem Courrier-Bote der West-Bahn von Ischl in Penzing angekommen.

Lord Clarendon ist heute Früh um sechs Uhr mittelst Südbahn über Triest nach Venetien abgereist. Lord Bloomfield begleitete den Staatsmann bis zum Bahnhofe.

Freiherr v. Beust ist mit dem Abendzuge der Nordbahn gestern nach Dresden abgereist.

Marineminister Burger ist gestern Früh mit dem Schnellzuge nach Triest abgereist.

Bankier Tieglitz ist aus Petersburg hier angekommen.

Bischof Haynald ist nach dem „Giorn. di Roma“ zum Erzbischof von Karthago in partibus infidelium ernannt.

Das Brünner Landesgericht wird in der nächsten Zeit einige Polenprozeß abzuführen haben. Den Reingen derselben erhofft der Prozeß gegen Johann Geringer und Conforten, welche am 11. Oktober unter der Anklage des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe vor Gericht stehen werden. Diesem Prozeß wird der gegen den früher in Olmütz, später in Iglau interniert gewesenen Polen M. und dem Fürsten S. D. M. angestrengte folgen, welcher letztere sich seiner Internirung in Iglau durch

die Flucht nach Wien entzogen hatte und da unter dem Namen eines Grafen A. J. lebte. Fürst M., von der Polizeibehörde in Wien ausgesucht, ist am 27. v. M. unter Escort in Brünn angelangt und befindet sich krankheitshalber derzeit im allgemeinen Krankenhouse.

Einem protestantischen Offizier im mexikanischen Freiwilligen-Corps ist der Auftrag zu Theil geworden, zur Debdung der protestantischen confessionellen Verhältnisse sich mit dem Seelsorger der Laibacher evangelischen Gemeinde, Dr. Ehe, ins Einvernehmen zu setzen und die protestantische Mannschaft ordnungsmäßig zu registrieren. Demzufolge wurde bis zum 18. d. bereits die Zahl von 82 protestantischen Soldaten des Corps festgestellt, die durch die Anwerbungen in Ungarn noch ansehnlich vermehrt werden dürfte. Auch unter den Offizieren ist das evangelische Element ziemlich zahlreich vertreten. Für den 2. October ist bereits von dem erwähnten Seelsorger ein Gottesdienst anberaumt worden, bei welchem den Soldaten nach vorhergegangener Vorbereitung Ansprache die heilige Communion gereicht und unter sie eine Anzahl gespendeter Brotbrote verteilt werden wird.

Deutschland.

Kommenden Donnerstag findet wahrscheinlich wieder eine Bundestagsitzung statt. Man erwartet die Vorlegung der oldenburgischen Denkschrift. Wie es heißt, ist der ehemalige württembergische Minister des Innern, von Linden, zum Bundestagsgesandten für Württemberg designirt.

Wie verlautet, verlangt die preußische Militärverwaltung für ihre Garnison in Holstein von dem Bundesstaat Auszahlung der Bundeszulage.

Der Militär-Gouv. von Utrecht, General Vogel v. Falkenstein, ist am 29. v. wieder nach Norden gehend, durch Altona angelkommen. Der General war zu einer Besprechung nach Berlin berufen.

Auch die Lauenburg'sche Regierung hat auf Antried der Bundes-Commissarien die vorrätzigen, unbenuzt liegenden Gelder des Landes zum Befolge von 120.000 Thlr. preuß. Courant bei der Vereinsbank in Hamburg zu 4 Prozent Zinsen belegt, um das Geld auf diese Art dem Land nutzbar zu machen.

Aus Bremenhaven, Sept., wird geschrieben: Das österreichische Panzerschiff „Don Juan d'Austria“ liegt seit gestern Morgens auf unserer Rhede, um einige Ränderungen an den Stückporten vorzunehmen, welche in Cuxhaven nicht gar ausführbar waren. Die Arbeit wird indeß in der Weise vorgenommen, daß, wenn der Befehl zur Abfahrt eintrifft, die Panzer-Fregatte am nächsten Tage segeln kann. Das Schiff geht circa 25 Fuß tief. Die österr. Corvette Friedrich ist vor einigen Tagen in den Geeste-münder Hafen gebracht, wo auch der „Radegly“ noch liegt.

Der „Schwarzenberg“ hat seine Kohlen und Provisions-tirung an Bord und liegt segelfertig an der Rhede.

Das vom Senat und dem gesetzgebenden Körper Frankfurts beschlossene Gesetz über die volle Gleichberechtigung der Israeliten wird am 3. und 4. October zur öffentlichen Abstimmung der Bürgerschaft gelangen.

Der Senat hat diesfalls eine Ansprache an die Bürgerschaft erlassen, worin er sich zunächst gegen die Bedenken verwahrt, als werde durch diese Gleichberechtigung die Macht und der Einfluß der christlichen Staatsbürger gefährdet. Außerdem rechtfertigt er sich deshalb, daß er die öffentliche Abstimmung gewährt habe.

Er weißt die Vermuthung zurück, als habe er durch die öffentliche Abstimmung eine Pression zu Gunsten des von ihm empfohlenen Gesetzes üben wollen. Am Schlusse der Ansprache sagt der Senat, er erwarte von denjenigen, zu deren Gunsten die vorliegende Verfassungsänderung in Antrag gebracht worden, daß sie „in wohltemperter und bescheidener Zurückhaltung von jeder Einwirkung auf die Stimmberechtigten sich bewahren werden“.

Aus Berlin, 1. d., wird gemeldet: Der Ministerpräsident Herr von Bismarck reist heute Abends zum König nach Baden-Baden und wird erst in dessen Begleitung (am 13. d.) hieher zurückkehren.

Nach der Rückkehr Sr. Maj. des Königs aus Baden-Baden, schreibt die „N. P. Ztg.“, wird die Frage über den Zeitpunkt, zu welchem der Landtag berufen werden soll, zur Entscheidung kommen. Wir brauchen kaum zu bemerken, daß diese Notiz nicht geeignet ist, um als Auftaktspunkt für bedeutende Combinationen zu dienen, denn schon durch den Umstand, daß nun einmal am 1. November der Termin (1. November — 15. Januar) beginnt, innerhalb dessen der Zusammentritt des Landtages verfassungsmäßig zu veranstalten ist, muß die Thatfrage, daß die Regierung sich Mitte October mit dem Datum des Zusammentritts beschäftigt, jeglicher Romanik entkleidet werden. Die Sache ist eben einfach durch den Gang der Geschäfte motivirt. Die „Z. Corr.“ fügt dieser Nachricht noch Folgendes hinzu: Wie die Parteien in der Kammer befehligen sind, so kann die

Regierung schwerlich der nächsten Sitzung mit großen Hoffnungen oder gar Befürchtungen entgegensehen. Die Gegner der Regierung scheinen dazu bestimmt, das Opfer einer Phrasenhaftigkeit zu werden, die sich überlebt hat. Die Regierung selbst aber wird dieser Entwicklung mit derselben Ruhe zuschauen, welche der politischen Gewalt geziemt, und sich bewußt ist, daß von ihrer richtigen Würdigung der Verhältnisse das Wohl des Volkes abhängt.

Der k. hannoversche Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Piatten-Haller mund ist in Berlin eingetroffen.

(Der Berliner Polenprozeß). Sitzung vom 28. September. (Schluß). Der Rittergutsbesitzer Matthäus von Strzylewski, 33 Jahre alt, aus Mechlin, wird beschuldigt, als Unterbeamter des Civilcommissarius für den Kreis Schrimm (des Angell. v. Smitskows) fungirt zu haben und als solcher bei Erhebung der Nationalsteuer thätig gewesen zu sein. Nach dem Verzeichnis der Einnahme hat er 232 Thaler abgeliefert. Außerdem soll er sich bei der Beförderung von Zugländern nach der Gränze beteiligt haben. Der Angeklagte bestreitet irgend ein Amt übernom-

men zu haben; er gibt zu, Geld an Smitskow abzugeben, doch nicht in Folge von Sammlungen, oder aus der Erhebung einer Nationalsteuer, sondern aus eigenen Mitteln.

Die folgenden drei Angeklagten werden zusammen ver-

nommen; es sind: 1) Graf Mieczyslaus Kwielecki, 31 J. alt, Besitzer der Herrschaften Oporowo (Kreis Samter), 2. Joseph Kierski, 37 J. alt, Besitzer des Gutes Gloginia (Kreis Samter), und 3. Boleslaus v. Kościelski, 32 J. alt, Besitzer des Rittergutes Smilovo; sie sind be-schuldigt, Organe des Bundes gewesen zu sein und zwar sind sie in der Briefschaft des Grafen Dzialyński verzeichnet: Graf Kwielecki als Kreis-Commissar, v. Kierski als Kriegs-Commissar für den Kreis Samter u. s. w. Kościelski als Lustrator für die Kreise Samter und Dobronik. Die Angeklagten bestreiten dies. Graf Kwielecki erklärt, daß er mit dem Grafen Dzialyński zwar in gesellschaftlicher, jedoch in keiner anderen Verbindung gestanden habe; die beiden andern Angeklagten behaupten, den Grafen werden zu kennen, noch ihn jemals gesehen zu haben. Eben so stellen die drei Angeklagten in Abrede für die Erhebung der Nationalsteuer thätig gewesen zu sein.

Rechtsanw. Holthoff stellt den Antrag auf Entlassung des Grafen v. Kwielecki; der Ober-Staatsanwalt erklärt diesem Antrage nicht widersprechen zu wollen.

Hierauf wird noch ein Zeuge in der Untersuchung gegen den Angeklagten v. Radzimski vernommen, der Dekonom Salecki. Dieser Zeuge gibt heute nicht nur eine, seiner früheren Aussage völlig widersprechende Aussage ab, sondern bekundet auch vollkommen andere Thatlachen, als in der Voruntersuchung. Auf Vorhaltung des Präsidenten erklärt der Zeuge, daß er eine solche Aussage, wie sie das frühere Protocoll enthalte, gar nicht gemacht habe und scheint die Sache so darstellen zu wollen, als habe er früher unter dem Druck der Haft gestanden. Der vernommenen Ururtheilsrichter Assessor Mechow erklärt jedoch, daß das Protocoll nur enthalte, was der Zeuge früher ausgesagt, daß denselben das Protocoll vorgelesen und von ihm auch unterschrieben sei.

Mehrere Angeklagte treten bei dieser Vernehmung mit

der Behauptung hervor, daß in der Voruntersuchung vielfach auf Zeugen eingewirkt worden sei. Der Präsident weist die Angeklagten an, derartige Einwendungen an einer Stelle zu machen. Nachdem der Zeuge entlassen worden, stellt und begründet Rechtsanw. Brachvogel den Antrag auf Entlassung des Angeklagten v. Radzimski. Der Staatsanwalt Mittelstaadt widerspricht, weil die Anklage gegen diesen Angeklagten bis jetzt noch nicht erschüttert sei. Der Gerichtshof beschließt: 1. Den Angeklagten Grafen Kwielecki aus der Haft zu entlassen; 2. den Antrag auf Entlassung des Angeklagten v. Radzimski abzulehnen. (Der oben erwähnte Zeuge Salecki ist sofort nach seiner Vernehmung auf Anordnung des Ober-Staatsanwalts wegen des Verdachts des Meineides verhaftet worden.) Sitzung vom 29. September. Nach Eröffnung der Sitzung nimmt der Angeklagte v. Mylecki das Wort und erklärt, daß in den Zeitungs- und stenographischen Berichten über die Verhandlung der Anklage gegen ihn die irrite Mittheilung enthalten sei, er habe 450 Leute gesammelt und an die Gränze geführt. Dies sei nicht richtig, denn er habe nur gefragt, daß er die 450 Leute bereits in Bremen gezeigt und dann nach einem Dorfe unweit der Gränze geführt habe. Der Präsident erklärt, daß weder die stenographischen noch die Zeitungsberichte offiziell seien, daß der Gerichtshof sich nur an das amtliche Protocoll zu halten habe, welches in dieser Beziehung revidirt werden solle. Rechtsanw. v. Lisicki stellt und begründet hierauf in ausführlicher Weise den Antrag auf Entlassung des Angeklagten v. Knitschowski. Der Ober-Staatsanwalt widerspricht ohne Angabe von Gründen; der Gerichtshof behält den Beschuß vor. Es wird demnächst der Gränz-Commissarius Bürgermeister Nothafer aus Myslowitz über den Umstand vernommen, daß der Angeklagte Propst Jarochowski im Frühjahr 1910 häufig über Myslowitz nach Krakau gereist sei. Der Zeuge bestätigt, daß zu der angegebenen Zeit ein Herr mit der Patzkarte des Angeklagten wohl zehnmahl in Myslowitz gewesen sei; er kann jedoch den Angeklagten nicht mit Bestimmtheit als die betreffende Person wieder erkennen, da er heute nicht so aussieht wie damals, „die Größe sei vorhanden“. Der Zeuge erklärt ferner, daß die Kontrolle auf dem Bahnhof zu Myslowitz so streng geführt werde, daß Niemand, ohne kontrolliert zu werden, durchreisen könne. Rechtsanw. Holthoff überreicht die Karte eines auf der Zubörer-Tribüne befindlichen Herrn, der sich zu beklagen erhebt, daß er zu jener Zeit häufig durch Myslowitz gereist sei, ohne kontrolliert worden zu sein. Der Präsident bittet, solche Correspondenz mit der Tribüne zu unterlassen. Rechtsanw. Lewald erwähnt, daß die Möglichkeit eines solchen Beweises grade ein Vorzug der öffentlichen Verhandlung sei. Der Beweis wird jedoch nicht erhaben. — Prof. Cybulski wird hierauf auf Antrag des Angeklagten Propst Jarochowski vernommen und bekundet, daß er im Frühjahr v. Z. den Angeklagten in Breslau angetroffen und dieser ihm erzählt habe, daß es ihm gelungen sei, seinen jüngern Bruder soeben aus Krakau zurückzuholen. Rechtsanwalt Holthoff stellt hierauf den Antrag auf Entlassung des Angeklagten v. Jarochowski; der Ober-Staatsanwalt widerspricht diesem Antrage.

Demnächst wird die gestern abgebrochene Vernehmung der Schreibverständigen über Schriftstücke des Angeklagten Dr. v. Niegolewski wieder aufgenommen. Die beiden polnischen Sachverständigen Konkel und Wisniewski erklären die ihnen vorgelegten Schreiben des Angeklagten und den mehrfach erwähnten Widmungsvermerk neben Namensunterschrift als nicht von einer und derselben Hand herstellend. Da dieses Gutachten dem der Berliner Sachverständigen Segel und Exert völlig widerspricht, so werden die ersten Sachverständigen angewiesen, ihre Gründe geltend zu machen. Dies geschieht und nun werden die letzten beiden Sachverständigen aufgefordert, in der nächsten Sitzung die Gegengründe darzulegen. — Nach Vernehmung des Prof. Cybulski über die Incorrection der Sprache in einem dem Angeklagten v. Niegolewski zugeschriebenen Schreiben stellt

Schweiz.

Am 29. Sept. hat auch der Schweizer Nationalrat in der Genfer Angelegenheit sein Verdict gefällt. Wie erwartet, hat er, gleich dem Ständerat, den Recurs der Mehrheit des Genfer Wahlbureaus gegen die Gültigkeitserklärung der Wahl A. Chenevière's in den Staatsrat einstimmig verworfen und dann der Botschaft des Bundesrates über die Genfer Ereignisse sammt dessen hierauf bezüglichen Anträgen, die bereits bekannt sind, keine Sanction ertheilt. Eine eigentliche Discussion hat auch im Nationalratte nicht stattgefunden. Dr. A. Escher von Zürich sprach als Berichterstatter der Commission die Hoffnung aus, Genf werde sich wiederfinden und auch in Zukunft die Avantgarde der schweizerischen Demokratie und der Stolz der Eidgenossenschaft sein, worauf nur noch Bantier von Genf, der Mitglied der dortigen Regierung ist, das Wort ergriff, und die Genfer Radikalen gegen die verleumderische Anklage der Conservativen, sie ständen unter fremdem, resp. französischem Einflusse, zu vertheidigen; daher er auch im Namen dieser Partei gegen jede Amnestie vor dem Urtheilspruch der Richter Protest erhebe. „Es ist achtig, rief Bantier aus, daß das Schweizer Volk in der Genfer Affäre der Wahrheit auf den Grund kommt, und jedem, möge er sein, wer er wolle, der Platz angewiesen werde, welcher ihm gebührt!“ — Das Gerücht, J. Fazy werde nach Bern kommen, um im Nationalratte bei Behandlung der Genfer Ereignisse das Wort zu ergreifen, hat sich natürlich nicht bestätigt.

Dänemark.

In Kopenhagen gehen Gerüchte von der Verlobung des Kronprinzen von Dänemark mit der Kronprinzessin von Schweden (?).

Italien.

Aus Rom, 24. v., wird geschrieben: Der Heilige Vater bestätigte in dem vorgestern gehaltenen Consistorium folgende Bürdenträger der Kirche: Msgr. F. Fleix y Solans, Metropolit und Erzbischof von Tarragona in Spanien; Msgr. E. Haynald, Erzbischof von Karthago in partibus; Msgr. P. F. Meglia, Erzbischof von Damasus in partibus; Msgr. A. Rosales y Munoz, Bischof von Almeria in Spanien; Monsignore F. Buttigieg, Bischof von Gozo (eben gegründet) bei Malta; Msgr. E. S. Falet, Bischof von Brügge in Belgien; Msgr. G. Mermillod, Bischof von Gebren in partibus, dermalen apostolischer Vicar in Genf; Msgr. A. Carpena, Bischof von Olene in partibus; Msgr. J. Mac - Gloskey Metropolit und Erzbischof von New York; Msgr. M. Spalding, Metropolit und Erzbischof von Baltimore; Msgr. D. Bucciarelli, Metropolit und Erzbischof von Scipia; Monsignore A. Van - Denle, Erzbischof von Amida in partibus; Msgr. J. C. Miche, apostolischer Vicar von Cochinchina; Msgr. J. M. Chanuan, apostolischer Vicar von Lassa in China; Msgr. A. Languiat, apostolischer Vicar von Nanking; Msgr. J. Whelan, Bischof von Dioceletiopolis in partibus; Msgr. J. Strain, Bischof von Abyla in partibus; Msgr. J. Dupont, Bischof von Azoto in partibus; Msgr. E. S. Charbonnier, Bischof von Domitio-polis in partibus; Msgr. E. Dubar, Bischof von Canata in partibus; Msgr. T. Nulty, Bischof von Centuria in partibus; Msgr. E. F. Guierry, Bischof von Danaba in partibus. In dem öffentlichen Theile dieses Consistoriums empfingen die Cardinale Trevisanato, Patriarch von Benedig, und der Bonnechose Erzbischof von Rouen, den Hut aus den Händen des Heiligen Vaters, welcher jenem den Titel der Kirche San Clemente ad Achille, diesem den der Basilica S. Clemente zwieselte.

Amtsblatt

Nr. 14535 **Kundmachung.** (1010. 4)

Auf Grund des Artikels XV. der zur Durchführung des Belagerungszaubes erlassenen Verordnung vom 27. Februar 1864 wird die Druckschrift: "Kalendarz narodowy na rok 1865. — Rok II. — Drezno. — Nakład L. Wolfa" — für Galizien und Krakau als verboten erklärt.

Bom. k. k. galiz. Statthalterei-Präsidium.

Lemberg, 24. September 1864.

Der k. k. Statthalter in Galizien und Landescommandirende General von Galizien und Bukowina.

Alexander Graf Mensdorff-Pouilly.

S. M. 2

Obwieszczenie.

Na mocy artykułu XV. do przeprowadzenia stanu obleżenia wydanego rozporządzeniem z dnia 27-go Lutego 1864 — pismo „Kalendarz narodowy na rok 1865. — Rok II. — Drezno. — Nakład L. Wolfa, — dla Galicyi i Krakowa zakazane zostało.

Z c. k. galic. Prezydium Namiestnictwa.

Lwów, 24 Września 1864.

C. k. Namiestnik w Galicji i komenderujący Jeneral w Galicji i na Bukowinie.

Hrabia Aleksander Mensdorff-Pouilly,

F. M. P.

Nr. 24524. — **Kundmachung.** (1012. 3)

Im Grunde der Bewilligung des bestandenen Krakauer Senats vom 9. November 1816, Z. 3992/1378, werden im Orte Czernichów 12 Jahrmarkte jährlich abgehalten und zwar:

1. am ersten Sonntage nach dem Heste der heil. Dreiflügelige.
2. Marii Eichtmej.
3. des heil. Jozef.
4. des h. Adalbert.
5. Christi Himmelfahrt.
6. der heil. Dreieinigkeit.
7. des h. Jacob.
8. des heil. Bartholomäus.
9. des heil. Matthäus.
10. des h. Simon.
11. der heil. Catharina.
12. des h. Thomas.

Über Einschreiten der Gemeinde Czernichów findet man, da nach den in Kraft stehenden österreichischen Gesetzen, die Abhaltung von Märkten an Sonn- und Feiertagen unstatthaft ist, die obigen in Czernichów an Sonntagen stattfindenden zwölf Jahrmarkte auf den ersten nach den oben bezeichneten 12 Festtagen folgenden Mittwoch, in der Art zu verlegen, daß in Salle auf den Mittwoch ein Feiertag fallen sollte, der an diesem Tage abzuhalten Jahrmarkt auf den darauf folgenden, (beziehungsweise zweiten) Mittwoch zu übertragen sein wird.

Von der L. L. Statthalterei-Commission.

Krakau, 24. September 1864.

Obwieszczenie.

Na mocy zezwolenia byłego Senatu Krakowskiego z dnia 9 Listopada 1816, N. 3992/1378 w gminie Czernichów corocznie dwanaście jarmarków odbywają się, jako to:

1. w pierwszą niedzielę po Trzech królach.
2. Matce Boskiej Gromnicznej.
3. św. Józefie.
4. św. Woyciechu.
5. Wniebowstaniu Pańskiem.
6. św. Trójcy.
7. św. Jakobie.
8. św. Bartłomieju.
9. św. Mateuszem.
10. św. Szymonem.
11. św. Katarzynie.
12. św. Tomaszem.

W skutek przedstawienia przez gminę Czernichów wniesionego, powyższe dwanaście na dni niedzielne przeznaczone jarmarki z uwagi, iż według obowiązujących austriackich przepisów odbywanie jarmarków w dni niedzielne i świąteczne miejscowość nie może, na pierwszą z powyżej wspomnianych dwunastu dni świątecznych następującą środę przeniesione, zostają, a to w ten sposób, iż gdyby na środę świętą przypadło, jarmark w tym dniu odbyć się mający na następną środę przełożony być ma.

Z c. k. Komisji namiestniczej.

Kraków, 24 Września 1864.

N. 17565. **Edykt.** (1016. 1-2)

Ces. kr. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Henryka Komara właściwiciela Ostrowa szlacheckiego i Zatoki w powiecie Bocheńskim, z miejsca podtytułu niewiadomego, że przeciw niemu p. Jędrzej Kwieciński o nakaz zapłaty sumy wekslowej 6000 zł. w. a. z p. u. i o usprawiedliwienie prenotacji tej sumy na dobrach Ostrów i Zatoka dozwolonej na dniu 13 Września 1864, L. 17565, pozew wniosł, w załatwieniu tegoż pozwu nakaz zapłaty zezwolony i prenotacja za usprawiedliwioną uznana została.

Gdy miejsce pobytu pozwaneego p. Henryka Komara zupełnie jest niewiadome, przeto ces. król. Sąd kraj. we celu zastępowania pozwaneego, jak również na koszt i niebezpieczenstwo jego tutejszego Adw. p. Dr. Rydzowskiego kuratorem nieobeconego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwaneemu, aby w wyznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obronę sobie wybrał — i o tem ces. król. Sądowi Krajuemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możliwości do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisać musiał.

Kraków, 19 Września 1864.

Am 15. October d. J.

findet die Ziehung des allerneuesten

Staats-Prämien-Aulehens

statt, welches in seiner Gesamtheit 400,000 Treffer enthält, und worunter solche von 5 mal Fr. 60,000, 8 mal 50,000, 4 mal 45,000, 14 mal 40,000, 13 mal 35,000, 6 mal 32,000, 14 mal 30,000, 4 mal 25,000, 22 mal 20,000, 8 mal 18,000, 4 mal 16,000, 1 mal 15,000, 10,000, 4 mal 6,000, 8 mal 5,000, 48 mal 4,000, 56 mal 2,000, 110 mal 1,000 bis abwärts Fr. 17, niedrigster Gewinn, welches jedes Obligationenloß erlangen muß.

(1005. 5)

1. Los für bevorstehende Ziehung am 15. October kostet fl. 1. öst. W. 6 Stück fl. 5., 13 Stück fl. 10., 28. Stück fl. 20. Es ist somit Ledermann die Gelegenheit geboten, mit der sehr geringfügigen Einlage von nur fl. 1. einen der bevorstehenden Treffer machen zu können.

Aufträge hierauf werden gegen Einsendung des Betrags prompt und reell ausgeführt und die offiziellen Ziehungslisten den Beteiligten franco zu gefandt.

Um allen Anforderungen rechtzeitig genügen zu können, wolle man sich baldigt an unterzeichnete privilegierte Staats-Effecten-Handlung wenden von

Adolf Beuschl

in Frankfurt a. M.

Eine viergängige Mühle,

sollt gemauert und eingerichtet, mit beständigem Wasserbezug, zunächst der Stadt Dobczyce im Krakauer Kreise gelegen, beabsichtigt die Gutsherrschaft von Dobczyce in eine amerikanische Mühle umzustalten und zu verpachten.

Fachkundige Mühlenbauer

mit einem verfügbaren baaren Capital von 4000 fl. können sich entweder schriftlich frankfurt, oder persönlich an die Gutsherrschaft von Dobczyce (Post dafelbst) verwenden, und alldort die nähere Auskunft über dieses zu unternehmende Geschäft einholen.

Erneher befindet sich im Vorraum verschiedenes trockenes weiches und eichenes Schnittmaterial und werden dafelbst beliebige Schnittmaterialien in großen Quantitäten erzeugt.

Wiener Börse-Bericht

vom 1. October.

Öffentliche Schuld.

Geld Waare

In Östr. W. zu 5% für 100 fl. 66.20 66.30

Aus dem National-Aulehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Januar — Juli. 79.— 79.20

vom April — October. 79.— 79.20

Metallicques zu 5% für 100 fl. 70.— 70.20

dtto " 4½% für 100 fl. 62.50 63.—

mit Verlösung v. 3. 1839 für 100 fl. 154.50 155.—

" 1854 für 100 fl. 87.— 87.50

" 1860 für 100 fl. 94— 94.20

Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl. 83.20 83.30

Como-Montantscheine zu 42 fl. austr. 83.20 83.30

17.50 18.—

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

90.— 90.50

von Nieder-Ost. zu 5% für 100 fl. 93.— 94.—

von Mähren zu 5% für 100 fl. 89.— 90.—

von Steiermark zu 5% für 100 fl. 89.— 89.50

von Tirol zu 5% für 100 fl. 87.— 88.50

von Kärnt. Kraut. u. Käst. zu 5% für 100 fl. 73.50 74.—

von Ungarn zu 5% für 100 fl. 71.50 72.—

von Temeser Banat zu 5% für 100 fl. 74.25 74.75

von Croatiens und Slavonien zu 5% für 100 fl. 73.75 74.25

von Galizien zu 5% für 100 fl. 70.25 71.25

von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl. 70.25 71.25

von Bukowina zu 5% für 100 fl. 774.— 775.—

C. Aktien (pr. St.)

90.— 90.50

der Nationalbank zu 5% für 100 fl. 93.— 94.—

der Credit-Aufstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. öst. W. 183.20 183.40

Niederöster. Comptoir-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W. 612.— 614.—

der Kaiserl. Nordbahn zu 1000 fl. G. M. 1916. 1918

der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. G. M. 206.25 206.75

oder 500 Fr. 140.50 141.—

der Kaiserl. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. G. M. 122.— 122.50

der Südb.-Nord. Verbund. zu 200 fl. G. M. 147.— 147.—

der Theiß. zu 200 fl. G. M. mit 140 fl. (70%) Ginz. vereinigten südöstl. Lomb.-Ven. und Centr.-ital.

Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 Fr. 244.— 246.—

der österr. Karl-Ludwigs-Bahn zu 200 fl. G. M. 242.— 242.50

der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. G. M. 450.— 452.—

des österr. Lloyd in Triest zu 50 fl. G. M. 322.— 324.—

der Ösen.-Pesther Kettenbrück zu 500 fl. G. M. 370.— 375.—

der Wiener Dampfschiff.-Aren. -Gesellschaft zu 500 fl. öst. W. 440.— 450.—

der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W. 162.75 163.25

D. Pfandbriefe

102.50 103.—

der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl. auf G. = M. 93.25 93.75

auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl. 88.80 89.—

Gali. Credit-Aufstalt öst. W. zu 4% für 100 fl. 74.— 75.—

E. Pöfe

126.90 127.10

der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl. G. M. 84.— 85.—

Triester Stadt-Auleihe zu 100 fl. G. M. 105.— 106.—

" zu 50 fl. G. M. 47.— 48.—

Stadtgemeinde Osen zu 40 fl. öst. W. 24.— 24.50

Esterhazy zu 40 fl. G. M. 98.— 99.—

Salm zu 40 fl. 29.50 30.—

Paffy zu 40 fl. 24.50 25.—

Clary zu 40 fl. 24.50 25.—

St. Genois zu 40 fl. 24.50 25.—

Windischgrätz zu 20 fl. 18.25 18.75

Waldestein zu 20 fl. 17.— 17.50